

# Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

## Sofortprogramm zum Schutz der Bevölkerung vor der Krise! Herausforderung für die SPD, unterstützt vom DGB!

„Es kann durchaus sein, dass wir die **schärfste Rezession seit 1945 bekommen**“, warnt D. Schumacher, Deutschland-Volkswirt von Goldman Sachs.

Und Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank: es könnte zu einer Schrumpfung der deutschen Wirtschaft um vier Prozent kommen. Dann aber, konstatiert Schumacher, „wäre es durchaus möglich, dass es in Deutschland wieder 6 Millionen Arbeitslose gibt“, – so viele wie während der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre.

Von allen Seiten wird die dringliche Forderung nach Maßnahmen für ein Sofortprogramm gegen die Krise erhoben. Dabei verlangen die EU und das Kapital radikal andere Schritte als die Gewerkschaften und die Bevölkerung.

Sozusagen über Nacht setzte die Große Koalition das 500-Mrd.-Euro Paket zur „Rettung der Banken“ durch. Abermilliarden davon sind aus den öffentlichen Haushalten schon an die Banken geflossen. Doch die Kredite für mittlere und Kleinunternehmen sind ausgeblieben, genauso wie die Kredite für die Länder und Kommunen zur Finanzierung der notwendigen Investitionen in die Infrastruktur. 10.000e Arbeitsplätze wurden und werden bei den Banken abgebaut, allein 15.000 bei den Landesbanken, die Löhne gesenkt. Es sind die Profite, die mit den Milliarden gesichert werden.

Ist es die Aufgabe der SPD, eine Politik mit zu tragen, die die Bankiers bereichert, den Zockern neue Nahrung für die Spekulation garantiert und die Bevölkerung dafür bluten lässt?

Die Krise bedroht die Produktion: 100.000en ArbeitnehmerInnen wurden Zwangsferien, Kurzarbeit verordnet; 10.000e haben schon ihren Arbeitsplatz verloren, viele Leiharbeiter wurden schon auf die Straße geschickt, 250.000 weiteren droht die Entlassung.

1,8 Milliarden Euro soll die Bürgschaft

von Bund und Ländern für Opel betragen. 1,8 Mrd. – für die die EU als Auflage eine schmerzliche Umstrukturierung verlangt, während der Europa-Verantwortliche von GM, Forster, Produktionseinschränkungen, Verkürzung der Wochenarbeitszeit, Nullrunde für die Beschäftigten diktiert.

Quimonda, einer der „Leuchttürme“ Ostdeutschlands in dem mit staatlichen Milliardensubventionen geförderten „Silicon Saxony“, soll jetzt eine Bürgschaft über 500 Millionen Euro beantragt haben. Das Diktat der EU auch hier: ein rigoroser Restrukturierungsplan. 700 der 3.900 Arbeitsplätze wurden schon abgebaut, für weitere 950 steht die Liquidierung schon fest, eine völlige Schließung oder Verlagerung ist nicht ausgeschlossen.

Einer der letzten Reste ehemals staatlicher Betriebe, das durch die Privatisierung schon stark geschrumpfte Stahlwerk Eisenhüttenstadt, hat schon 300 Arbeitsplätze abgebaut. Seit Anfang Dezember sind 1.600 Mitarbeiter in Kurzarbeit, z.T. bis April. Für weitere 300 Stellen soll die Arbeitszeit vorübergehend verringert werden.

Ist nicht die Verantwortung des Staates gefordert, Produktion und Arbeitsplätze unter seinen Schutz zu stellen? Den Unternehmens- und Konzernvorständen, den Anteilseignern und Finanzinvestoren muss die Entscheidungsgewalt über Produktionsstilllegungen, Verlagerungen und Vernichtung von Arbeitsplätzen vollständig aus der Hand genommen werden: Kein Arbeitsplatz darf mehr vernichtet werden (auch nicht durch Kurzarbeit und Produktionseinschränkungen) – Verbot der Entlassungen! Keinerlei Kürzung der Tariflöhne und Einkommen – Förderung der Kaufkraft.

Es geht um grundsätzliche Entscheidungen. Die Forderungen nach Stärkung der Kaufkraft und Verteidigung vor sozialer Not werden immer drängender erhoben:

Die Finanzierung wirksamer Investitionsprogramme für Bildung, Erziehung, Gesundheit, für die Infrastruktur, fordern der DGB und ver.di. Die Umverteilung von Arm zu Reich muss gestoppt, der Spitzensteuersatz angehoben und die Vermögensteuer wieder eingeführt werden, statt über Steuerbefreiungen und -geschenke, oder wie zuletzt mit der Erbschaftssteuerreform, immer mehr Geld in die Kassen der Bezieher von Gewinn- und Vermögenseinkommen zu pumpen.

Eine „Umschichtung der Steuerlasten“ zugunsten eines „verstärkten Investitions- und Konjunkturpakets“ fordern auch die 23 Bundestagsabgeordneten der SPD in einer gemeinsamen Erklärung: für Infrastrukturinvestitionen, für Schulen und Kitas, für die Krankenhäuser, für eine expansive Lohnpolitik und Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze u.a.

Solche Maßnahmen zum Schutz der Arbeitsplätze, zum Schutz der Gesellschaft vor der Krise und vor sozialer Not, sind nicht von der Großen Koalition zu erwarten, die mit dem 500-Mrd.-„Rettungs“paket für Bankiers und Spekulanten nach den langen Jahren der unsozialen Agenda/EU-Politik eine noch gigantischere Umverteilungsmaschinerie angeworfen hat.

**„Welche Organisationen, welche Regierung kann wirksame Maßnahmen zum Schutz der arbeitenden Bevölkerung, Arbeitslosen, Rentner, Kranken, Jugendlichen gegen die Krise ergreifen?“ schreiben sozialdemokratische GenossInnen aus Berlin:**

„Ist es nicht eine Herausforderung für alle SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen, den Kampf zu führen für die Verpflichtung der SPD auf eine solche Politik?“

Und sie wenden sich an alle GenossInnen und GewerkschaftskollegInnen: „Lasst uns dafür unsere Kräfte vereinen!“

CARLA BOULBOULLÉ